Einzelpreis 50 Milliarden Mark

Bezugs-Preise:
Inland: durch Post monatlich 0,25 Goldmark, durch Kreuzband 0,30 Goldmk., Deutsch-Österreich 5000 Kronen.
Ausland: Viertelj. 1/2 Dollar.

Anzeigen-Preise:
Für die 1spaltige Millimeter-Zeile 3 Goldpfg., d. ganze Seite 120 Goldmark. Bei Platzvorschrift entsprechend. Aufschlag. Rabatt nach Tarif.

Reichswart

Graf E. Reventlow

Der „Reichswart" erscheint jeden Sonnabend
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen sowie der Verlag „Der Reichswart" G. m. b. H., Berlin SW 11, Dessauer Straße 6, entgegen. Fernsprecher: Lützow 6182. Bank-Konto: Darmstädter- und Nationalbank, Berlin, Potsdamer Straße 55. Postscheck-Konto: Berlin 88714
Unverlangt. Manuskript. ist Rückporto beizufügen

und Deutsches Schrifttum von Ad. Bartels als monatliche Beilage

Nummer 47 | Sonnabend, den 24. November 1923 | 4. Jahrgang

Inhalt: Die „Kontrollkommission" und das Naturrecht des Selbstschutzes. — Dr. von Scheubner-Richter †. — Die Kämpfe in der Freimaurerei und mit ihr. — Eine Welle? — Adel, Monarchie — und Deutschvölkische Bewegung. — Volksgenoss.n. — General Hoffmanns Buch. — Briefkasten.

Die „Kontrollkommission" und das Naturrecht des Selbstschutzes.

Die „Botschafterkonferenz" verlangt durch den Mund Poincarés, daß die sogenannten militärischen Kontrollkommissionen ihre Arbeit in Deutschland „unverzüglich" wieder beginnen. Die Note droht mit „geeigneten Maßnahmen" für den Fall von „Obstruktion" durch „deutsche Behörden oder deutsche Untertanen".

Das Versailler Lügenpapier setzt fest, daß sogenannte Kontrollkommissionen die in den Friedensbedingungen festgesetzte Entwaffnung Deutschlands überwachen, ebenso die Umstellung auf Friedensbetrieb aller Anstalten, die Kriegsmaterial fertigten. Die großbritannische Regierung hat bereits seit geraumer Zeit erklärt, daß dieser Zweck erreicht, daß also Deutschland vollständig entwaffnet und die Umstellung erfolgt sei; ähnliche Aeußerungen sind seinerzeit seitens der französischen militärischen Sachverständigen gefallen. Nach dem Versailler Vertrage — wenn man sich auf dessen Boden stellen wollte — hatten von jenem Augenblick an die sogenannten Kontrollkommissionen in Deutschland nichts mehr zu suchen. Ihr Verbleiben auf dem deutschen Boden war vertragswidrig. Die deutsche Regierung hat aber nicht das erklärt, auch nicht, vom Vertrage ausgehend, auf der Entfernung der Kommissionen bestanden, noch auch, wenn die Mächte oder eine von ihnen ihre Kommissionen in Deutschland behielten, Einspruch dagegen erheben. Nach dem französischen Ruhreinbruch hat vielmehr die deutsche Regierung den Mächten erklärt, sie könne angesichts der erregten Volksstimmung die Sicherheit der Kommissionsmitglieder bei Ausübung ihrer Tätigkeit nicht gewährleisten, es seien dann Zwischenfälle vorauszusehen, die den europäischen Frieden gefährden müßten.

In Frankreich und Belgien ist schon seit Monaten, unter Führung von Poincaré und Foch, die übliche Propaganda gemacht worden: Deutschland bereite den Krieg vor, das arme Frankreich sei gefährdet; man müsse deshalb endlich die Rheingrenze nehmen, außerdem die französische Besetzung in Deutschland weiter ausdehnen in Gestalt von „Sanktionen", außerdem Deutschland zwingen, die militärischen Kontrollkommissionen wieder ihre Tätigkeit ausüben zu lassen nicht nur, sondern in jeder von diesen gewünschten Weise in ihrer segensreichen Tätigkeit zu unterstützen, wie der Versailler Vertrag es verlange. Jede dieser Forderungen läuft dem Versailler Vertrag zuwider: die Rheingrenze, die Besetzung weiterer deutscher Gebiete, eine erneute Tätigkeit der sogenannten Kontrollkommissionen. Für den letzten Punkt käme, falls der Versailler Vertrag nicht ungezählte Male durch Frankreich und Belgien gebrochen worden wäre, höchstens der Artikel 213 in Betracht: „Solange dieser Vertrag in Kraft bleibt, verpflichtet sich Deutschland, jeder Untersuchung, welche der Rat des Völkerbundes auf Grund eines Mehrheitsbeschlusses für nötig halten sollte, in jeder Weise zu erleichtern"; wohl gemerkt: wenn der Vertrag nicht ungezählte Male von den Feinden gebrochen worden wäre und wenn die deutsche Regierung dieses auf Lüge und antivaterländischer Feigheit beruhende Papier noch anerkennen will. In diesem Falle würde also eine Entscheidung des Völkerbundsrates zunächst herbeizuführen sein, wenn die Franzosen und andere der feindlichen Mächte beabsichtigten, den formal korrekten Weg innezuhalten. Die deutsche Regierung hat neulich wieder erklärt, sie müsse die Wiederaufnahme der Kontrollkommissionen im Hinblick auf die Unausbleiblichkeit von Zwischenfällen wegen der Stimmung der Bevölkerung ablehnen. Man kann — vom sonstigen Standpunkt der Regierung — schwerlich für richtig halten, daß die Regierung das Verlangen Frankreichs und Belgiens nicht als vertragswidrig kennzeichnete und damit, ohne es auszusprechen, auf den vertragsmäßigen Weg hinwies. Sollte dieser beschritten werden, so würde freilich der Völkerbundrat, wie schon früher, z. B. in der oberschlesischen Sache, nach den Wünschen Frankreichs handeln und in diesem Sinne seine Forderungen an Deutschland stellen. Dann könnte und müßte die deutsche Regierung zum mindesten wieder erklären, daß sie die Forderung des Völkerbundsrates im Hinblick auf die Gefahr von Zwischenfällen ablehnen müsse, widrigenfalls keinerlei Verantwortung übernehmen könne. Die Entrüstung und Wut gegen Franzosen und Belgier verbreitet und vertieft sich in Deutschland immer mehr. Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß die Gewißheit solcher Zwischenfälle von Monat zu Monat wachsen wird. Es ist denkbar genug, daß Poincaré und seine Freunde solche Zwischenfälle für zweckmäßig halten würden, um sie zu neuen Gewalttätigkeiten auszunutzen; auch die Note läßt diese fröhliche Hoffnung vermuten. Ob sie mit der „Zweckmäßigkeit" recht hätten, ist eine Frage, die sie mit sich selbst ausmachen mögen.

Wer auf dem Standpunkt steht, daß das Versailler Papier weder de jure noch de facto anerkannt werden kann, muß ein Wiederbeginnen der Tätigkeit der Kontrollkommissionen als ausgeschlossen betrachten. Es darf und kann keine Rede mehr davon sein, daß diese Kommissionen wieder in Deutschland arbeiten. Beiläufig sei daran erinnert, daß sie planmäßig ihre Versailler Befugnisse weit überschritten und sich mit besonderer Sorgfalt der Spionage der deutschen Industrie unter irgend welchen erlogenen Vorwänden widmeten. Es ist ebensowenig zu vergessen, wie die Kommissionen zielbewußt korrumpierend arbeiteten, wie sie den Landesverrat durch Bestechung zu einer sehr häufigen Tatsache machten. Unabhängige und „Abhängige" und Kommunisten wetteiferten im Landesverrat für „Valuta". Damit dürfte es aber vielleicht ein wenig besser geworden sein, denn auch in jenen Kreisen, sofern sie nicht jüdisch oder nicht jüdisch geleitet sind, ist vielfach der Haß gewachsen und ebenso das deutsche Gefühl, außerdem das Dämmern der Erkenntnis, daß die Kommissionen bzw. ihre Auftraggeber nicht den „Militarismus" in Deutschland um des „Friedens der Welt" willen beseitigen möchten, sondern daß es für sie gilt, das deutsche Volk zu zerstören. — Die Sozialdemokraten und Demokraten und alle anderen „echten" Republikaner müssen jetzt den Schmerz erleben, daß der von ihnen warm gepriesene Jude Zeigner die Personalunion zwischen Ministerpräsident und bestochenem Landesverräter in Sachsen glänzend verkörpert hat.

Die zahllosen Brüche des sogenannten Vertrages von Versailles durch Franzosen und Belgier, besonders die fortgesetzte Verletzung und Ausbeutung deutschen Gebietes, die ebenso fortgesetzte Drohung durch Frankreich und Polen, weiteres Gebiet zu besetzen, hätten vollends allein genügt, um jede deutsche Verpflichtung hinfällig zu machen. Es ist ganz selbstverständlich, daß das Naturrecht der Selbstverteidigung demgegenüber in Kraft ist, ein Naturrecht, das selbst dann und für den besteht, der etwa den Versailler Vertrag anerkennen wollte. Das verbietet der Vertrag nicht. Hinsichtlich seiner Streitkräfte hat Deutschland die Bestimmungen des Vertrages von Versailles befolgt. Das ist, wie gesagt, auch von den Feinden festgestellt worden. Mehr zu verlangen, dafür liegt nicht einmal eine formale Berechtigung vor. Selbstschutz des deutschen Volkes gegen Einfälle steht außerhalb aller Bestimmungen des Papiers von Versailles. Dieses Moment ist seitens der öffentlichen Meinung in Deutschland bis jetzt unbeachtet geblieben. Es hat niemals Erwähnung gefunden, geschweige denn Vertretung. Dabei ist es nicht allein von einer tatsächlichen Bedeutung erster Ordnung, sondern auch von taktischer für die öffentliche Behandlung. Das dürfte nicht unbeachtet bleiben. Man muß jedoch wohl annehmen, daß das Verschweigen des Naturrechts der Selbstverteidigung vielfach nicht sowohl auf einem Vergessen beruht, wie auf einer vaterlandsfeindlichen Parteigesinnung, auf Feigheit und auf bewußtem Internationalismus jüdischer Art.

Die deutsche Regierung steht, wie Herr Dr. Stresemann noch vor kurzem dargelegt hat, auf dem Standpunkt, daß sie den Versailler Vertrag nach wie vor als bindend anerkennen müsse, auch aus Zweckmäßigkeitsgründen, denn er bilde einen „Rechtsschutz" für Deutschland. Der „Reichswart" hält, wie er neulich dargelegt hat, diese Auffassung für unrichtig und schädlich in jedem Sinne. Heute wird sie nur deshalb erwähnt, um im Anschluß an sie festzustellen, daß selbst auf ihrem Auffassungsboden die deutsche Regierung das Recht des Selbstschutzes gegenüber Akten wie der Ruhreinbruch und was ihm noch folgen mag, unter allen Umständen besitzt.

Im Augenblick, wo dieses geschrieben wird, hat die Note auch die Haltung der großbritannischen Regierung zur Frage der Kontrollkommissionen geklärt. Illusionen reimt sich auf Kommissionen; die deutschen Zeitungen der letzten Wochen — wahrscheinlich auch Herr Stresemann — wiegten sich einmal wieder in der Illusion: wenigstens in diesem Punkte werde England doch „für Deutschland eintreten". Nun ist auch diese England-Illusion zerstoben. Die britische Haltung gerade in diesem Punkt ist übrigens an sich von großem Interesse. Die öffentliche Meinung in Großbritannien steht, soweit man nach den Depeschen der letzten Wochen urteilen kann, in Deutschland betreffenden Fragen letzten Endes wie immer auf der französischen Seite, ebenso die Regierung. Nur will man so gnädig sein, nicht gleich auf eine deutsche Weigerung hin „Sanktionen" eintreten zu lassen: hierin liegt wohl das vielbesprochene „Kompromiß". Es soll vielleicht bedeuten, daß London sich gegebenenfalls für eine Inanspruchnahme des Völkerbundsrates zu erklären beabsichtigt. Daß die britische Regierung aber, wie man in Deutschland bis weit nach rechts glaubt, ein Interesse am Wiedergewinnen deutscher Wehrhaftigkeit zeigen sollte, dürfte ein schwerer Irrtum sein.

Man kann nur wieder das Gleiche wiederholen. Das deutsche Volk muß, wenn es weiterleben will, einmal den Schritt tun, den Willen zu zeigen, sich auch allen Gewalten zum Trotz zu erhalten. Das wird ihm trotz aller „nüchternen Ueberlegungen" nicht erspart bleiben, wenn es ein wirkliches Volk werden und nicht einen Generalverzicht darauf leisten will. Daß dieser Schritt vorher seiner Art und seinem Zeitpunkte nach sorgfältig überlegt und berechnet werden muß, ist eine Selbstverständlichkeit.

Dr. von Scheubner-Richter †

Unter den Hingemordeten des 9. Novembers befand sich auch der Dr. v. Scheubner-Richter. Sein Tod ist ein schwerer Verlust, nicht nur für die National-Sozialisten, sondern für die völkische Bewegung überhaupt. Dr. v. Scheubner-Richter war in Bayern der politische Kopf unter den Völkischen, ein Mann von scharfem beweglichem Verstande, von ausgezeichneter Beobachtungsgabe und stärkstem Vaterlandsgefühl. Dazu kam die in Deutschland seltene Fähigkeit: gleich das Wesentliche in jeder politischen Frage und für die politische Lage zu sehen. v. Scheubner-Richter war ein Unterhändler von glänzender Geschicklichkeit, er ließ sich nie durch Vorurteile und Illusionen, wie sie bei uns auch im politischen Leben so herrschend sind, auch nur entfernt beeinflussen, noch beirren. Dieser Mann wurde in Bayern von politischen Gegnern heftig angegriffen und verleumdet; man ging in widerwärtiger Weise gegen ihn persönlich vor. Dr. v. Scheubner-Richter hat sich auch hierdurch nicht einen Augenblick beirren lassen, sondern trat mit geöffnetem Visier seinen Verleumdern aufrecht entgegen und forderte sie heraus, — vergeblich, — Farbe zu bekennen. Nicht lange vorher hatte er bei anderem Anlaß eine Ausführung in der Presse mit den Worten geschlossen: die National-Sozialisten seien in jedem Augenblicke bereit, ihr Leben für ihre Sache hinzugeben. Dr. v. Scheubner-Richter hat es getan. Wo er war, ist jetzt eine Lücke; wie Theodor Storm vor langen Jahren nach einem Todesfall sagte: Wo X war, ist jetzt ein großer leerer Fleck!

Ehre dem Andenken des für den völkischen Gedanken und für sein Volk Gefallenen. Unehre denen, die die Tat begingen und veranlaßten!

Die Kämpfe in der Freimaurerei und mit ihr.

(Vergleiche Nr. 43.).

III.

Im Grunde dürften die führenden Geister in demjenigen Teil der deutschen Freimaurerei, die man unter dem Namen der altpreußischen zusammenzufassen pflegt, sehr klar übersehen, daß sich alle ihre nach außen hin geltend gemachten Beweisführungen im Kreise drehen, einander widersprechen, oder mit den Tatsachen nicht in Einklang stehen: Sie sagen mit feierlichem Nachdruck, sie seien christlich, Christus sei ihr Oberherr und Großmeister, und dabei ist ihr Ritual jüdisch, zum Teil von Juden gemacht und ausgestaltet, während des späten Mittelalters und der dann folgenden Jahrhunderte. Dieselben geistigen Führer erwidern darauf bisweilen: die jüdische Kabbala sei im letzten Grunde uraltes arisches Geistesgut, das die Juden, wie so oft im Laufe der Jahrtausende, gestohlen und verarbeitet — wie diese sich auszudrücken pflegen: „verwaltet" hätten. Lasse man diesen Einwurf gelten, der manchen Anzeichen nach berechtigt ist. Wenn der Freimaurer davon aber wirklich überzeugt wäre, so müßte er sofort den zwingenden Schluß ziehen, daß man nun erst recht alles Jüdische aus Ritual und Anschauungsweise rücksichtslos und pünktlich zu entfernen sei, und daß vor allem jenes uralte arische Geistesgut von aller jüdischen Beimischung gereinigt werden müsse. Diese Folgerung wird aber nicht gezogen. Die fortwährende Versicherung: beruhigt euch, unser Ritual und unsere Anschauung ist nur äußerlich jüdisch — genügt nicht. Nicht weniger hinfällig ist der folgende, polemische, Einwand: Weshalb macht ihr uns Freimaurern die heftigsten Vorwürfe, wo doch die beiden christlichen Kirchen mit jüdischem Geist und jüdischen Formen durchsetzt sind! Gerade der „Reichswart" braucht hierauf keine ausführliche Antwort zu geben, denn er hat seit seinem Bestehen den Kampf gegen das Judentum in den christlichen Kirchen als eine Hauptaufgabe angesehen und behandelt. Geht man aber auf den Einwand ein, so liegt die Antwort ungemein nahe und ist schlagend in Gestalt der Frage: ihr Freimaurer wollt, daß man euch durch den Hinweis auf die christlichen Kirchen entlaste, die selben Kirchen, welche gerade ihr als eng und rückständig bezeichnet und bekämpft! Ihr könnt euch nicht genug tun mit der stolzen Erklärung, daß eure

Weltanschauung und Logenarbeit nach Geistesfreiheit und Tiefe weit über den christlichen Kirchenlehren stehe, — und doch verlangt Ihr mit dem gleichen Maße gemessen zu werden wie die Kirchen, ja Ihr verkriecht euch hinter sie, sobald die peinliche Frage des Judentums erörtert wird. — Das sind nur zwei Stichproben.

Die altpreußische Maurerei soll neuerdings den Beschluß gefaßt haben, keine Juden mehr aufzunehmen, auch keine getauften. Es bleibt abzuwarten, ob etwas daraus wird. Bis auf weiteres muß man es bezweifeln, denn Durchführung eines solchen Beschlusses würde in Widerspruch zu den Erklärungen stehen, die noch vor wenigen Monaten Freimaurer hoher Grade offiziell abgegeben haben. Nähme man aber selbst an, die Sache verhielte sich so, dann würden gleichwohl alle Juden, die sich schon lange in den Logen bzw. Großlogen befänden, unbehelligt darin bleiben können. Sie würden auch bleiben wollen, nicht daran denken, gekränkt auszutreten, sondern von der festen Absicht beseelt sein, alle ihre Kräfte zur Aufhebung, zum mindesten zur Durchlöcherung und Umgehung jenes Beschlusses einzusetzen. Praktisch würde auf alle Fälle der Zustand genau bleiben wie er jetzt ist und aller Wahrscheinlichkeit nach in absehbarer Zeit auch grundsätzlich und offiziell eben so wieder eingeführt werden. Man kann nur das oft Gesagte wiederholen, daß mit Halbheiten **nichts** gebessert wird, vielmehr der Zustand nur noch schlechter und unwahrhaftigere, als er ist. In denselben Zusammenhang gehört auch die ganz unveränderte Tatsache, daß freimaurerische Gäste „ob Jud, ob Christ" das Gastrecht auch in der altpreußischen Maurerei genießen. Hierüber ist früher im „Reichswart" gesprochen worden, unter Feststellung der Tatsache, daß auf diese Weise der internationale jüdische Einfluß gesichert bleiben würde. Das mag innerhalb mancher einzelnen Logen der Fall sein und angesichts einer ganz bestimmten persönlichen Zusammensetzung und Führung. Diese ist aber unberechenbaren Wechsel in jedem Augenblick ausgesetzt, sei es durch Tod, Veränderung des Wohnorts usw.

Wir kommen zu einem anderen, auch hier bereits wiederholt berührten Punkte: dem großen Not- und Hilfszeichen. Altpreußische Freimaurer hoher Grade versichern offiziell, daß dieses Zeichen von jeher für die drei altpreußischen Großlogen nur symbolisch-ethische Bedeutung gehabt habe. Das große Hilfs- und Notzeichen habe für diese Großlogen nämlich nur dann praktische Bedeutung, wenn ein Mitglied in Gewissenszweifel und Seelenkämpfe geraten sei. Insofern gäbe ihm das Vorhandensein des Zeichens die Gewißheit, daß er Trost und Hilfe bei seinen Brüdern stets finden werde. Diese Erklärung ist wenig glaubhaft. Einem unbefangenen Gemüt erscheint jedenfalls höchst umständlich und unpraktisch, wenn ein in inneren Nöten verzweifelnder Maurer das Zeichen macht, anstatt sich des Werkzeuges der Sprache zu bedienen und einem Bruder, dem er vertraut, zu sagen: ich weiß nicht mehr aus noch ein, möchte dir meine bedrängte Seele ausschütten.

Die Attitüde des Not- und Hilfszeichens für solche Zwecke wäre eine sonderbare Umständlichkeit und zwar eine groteske. Im übrigen sei in Ergänzung früherer Ausführungen des Reichswarts zur Frage des Notzeichens die folgende Aufforderung aus der „Latomia", „Monatsschrift für Freimaurerei" ausgeführt. Die „Latomia" gehört nicht etwa der humanitären Maurerei an:

Das große Notzeichen.

„Um in großer und dringender Lebensgefahr brüderliche Hilfe und Rettung zu finden, bedient sich der Freimaurer eines nur ihm bekannten Not- und Hilfszeichens. Als bekannt darf vorausgesetzt werden, daß im internationalen Verkehr dies Not- und Hilfszeichen in französischer Sprache abzugeben ist. Besonders in Kriegszeiten hat dies Zeichen wohltätig gewirkt und oft die erbittersten Feinde entwaffnet, so daß sie der Stimme der Menschlichkeit Gehör gaben und sich gegenseitig Schutz gewährten, anstatt sich zu morden. Seit Bestehen und Verbreitung der Freimaurerei hat sich dies Zeichen besonders in den Feldzügen des 17. und 18. Jahrhunderts sowie in den Befreiungskriegen segensreich erwiesen, oft die erwartete Hilfe gebracht. Lennings Encyclopaedie der Freimaurerei zeigt uns manch erhabenes Beispiel von der Macht der Br.-Liebe und von echter Menschlichkeit. Aus den Feldzügen von 1864, 66 und 70—72 finden sich hinsichtlich des Not- und Hilfszeichens wenig Aufzeichnungen vor.

Dafür ist es notwendig, alle Ereignisse aus dem letzten Weltkriege, die mit dem Not- und Hilfszeichen unmittelbar oder mittelbar zusammenhängen, für die Mit- und Nachwelt in Wort und Schrift zu vereinigen. Dies tu ich aus tiefinnerster Dankbarkeit gegen alle die, die meine Lehrer und Meister gewesen, deren Feldmaurergeist vor 100 Jahren Deutschlands Befreiung die Adlerschwingen verlieh. Denn auch in diesem großen Weltringen schlossen sich die kämpfenden Brr. in den Feldlogen zusammen zur Mr.-Kette, um winkelrechte Arbeit zu leisten. Der unvergeßliche Krieg hat durch seine ungeheure Ausdehnung, durch seine ungeahnte technische Auswirkung, durch die zermürbenden Gefangenen- und Internierungslager, Zwangsverschickung, Hungerblockade, Isolation in neutralen Ländern u. a. m. so manchen der Brr. in große Lebensgefahr gebracht, aus der er sich durch das Not- und Hilfszeichen zu erretten trachtete.

Deshalb bitte ich alle gel. Brr., mir tunlichst bald eingehende Mitteilungen über die diesbezüglichen Fälle (auch von denen solcher Brr., die inzwischen in den e. O. eingegangen sind) zukommen zu lassen; wann, wo und unter welchen Umständen das mrschl. Not- und Hilfszeichen gegeben wurde und welche Wirkungen dadurch ausgelöst worden sind. Insbesondere bitte ich alle mrschen Vereinigungen der ehemaligen Feldlogen, mich in dieser Arbeit zum Besten der K. K. zu unterstützen; sie ist der Geschichte der Feldlogen gewidmet und wird bald möglichst zur Veröffentlichung (naturgemäß ohne jegliche Namensnennung) gelangen. Weil es aber bislang noch nicht möglich ist, rechtzeitig alle Brr. durch die mrsche Literatur zu erreichen, bitte ich, diesen Aufruf in allen Bauhütten während geschlossener Arbeit zur Verlesung zu bringen und alle Brr. aufzufordern, ihre Erlebnisse und Erfahrungen hinsichtlich des Not- und Hilfszeichens mir, dem Br. Robert Wilh. Schillersdorf in Hildesheim, Sprenglerstraße Nr. 6, baldgefälligst mitzuteilen. Für alle Bemühungen sage ich den Brrn. schon heute herzl. Br.-Dank.

25. Oktober 1920. gez. R. W., Schillersdorf."

Dieser Aufruf wurde vor drei Jahren erlassen. Widerspruch ist gegen ihn nie erhoben worden, andererseits liegt auf der Hand, daß man bis auf weiteres maurerischerseits kein Bedürfnis verspüren wird, Beispiele aus dem großen Kriege für die feindeversöhnende Kraft der Oeffentlichkeit preiszugeben. Von einer symbolischen Auffassung des großen Notzeichens ist hier in keinem Worte die Rede; ein wenn schon überflüssiger Beweis mehr dafür, daß es sich mit der Behauptung einer rein symbolischen Bedeutung des Zeichens lediglich um Bestreben handelt, sich einer unangenehmen Frage zu entziehen. Man begegnet auch neuerdings immer wieder der Behauptung maurerischer Kreise: die altpreußische Maurerei habe mit der internationalen nicht das Geringste zu tun, sie verurteile deren Verhalten während des Krieges und ihren ausgesprochen politischen Charakter insbesondere ihre kriegstreibende und feindselige Art gegen Deutschland. Nun erschien vor reichlich drei Jahren im „Mecklenburgischen Logenblatt" eine Reihe von Aufsätzen, die, unter sorgfältiger Schonung der gesamten deutschen Maurerei über die Wirksamkeit der Ententemaurerei vor Ausbruch des großen Krieges und während seiner Dauer eine interessante Darstellung brachte, die durchweg richtig war, und deren Veröffentlichung vom deutschen Standpunkte als nützlich bezeichnet werden mußte. Der Verfasser hatte mit einem Decknamen gezeichnet. Er erhielt nach der Veröffentlichung seiner Aufsatzreihe den folgenden Brief vom Leiter des „Mecklenburgischen Logenblattes", Generaloberarzt Dr. Bluhm:

„Mein sehr verehrter gel. Br.!

Nachdem Erfurt 12 Tage ohne Postverbindung gewesen, erhalte ich heute eine reichlich ungnädige Zuschrift unseres Landesgroßmeisters, Ihre Aufsatzreihe betreffend, die Sie unter dem Decknamen Freymann veröffentlicht haben. Vor allem verlangt er für die Zukunft, daß nichts mehr im M. L. Bl. erscheint, was nicht unter Nennung des Namens von dem Verfasser mit seiner ganzen Persönlichkeit vertreten wird. Danach werden wir uns aus Gründen der Disziplin und auch der Selbsterhaltung richten müssen. Ich habe selbstverständlich auch jetzt Ihren Namen nicht genannt, — was übrigens nicht von mir verlangt war — und hoffe, daß es dabei bleibt. Die Große Landesloge hat Unannehmlichkeiten von der „Internat. Freimaurerei" gehabt. Ersparen wir ihr Aehnliches für die Zukunft! Ist sie doch unabweisbar unsere Mutter, vor die wir uns im Zweifel stets zu stellen haben.

Indem ich hoffe, daß Sie meine Gründe billigen, bin ich mit brdlichem Gruß i. d. u. h. Z. Ihr stets treu verb. Obr.

gez. Bluhm."

Dieses Schreiben bedarf keines Kommentars. Der Satz: „Die Große Landesloge hat Unannehmlichkeiten von der internationalen Freimaurerei gehabt", sagt genug.

Eine Welle?

Ein Berliner Blatt schrieb neulich, es helfe nichts, man müsse die niederdrückende Tatsache anerkennen, daß in Berlin, dem Kultur-Zentrum Deutschlands, ein Pogrom stattgefunden habe. Auf den gleichen Ton waren zahlreiche Versammlungen gestimmt, die in letzter Zeit in Berlin und in anderen Städten von Juden und ihren deutschen Klaqueuren abgehalten wurden: es gäbe vieles Schreckliche im menschlichen Leben, auf der Welt und hauptsächlich in Deutschland, viel Trauriges und Verwerfliches. Nichts aber sei so furchtbar, so erniedrigend und unheilvoll, so verbrecherisch, dabei dumm und barbarisch wie der „Antisemitismus". Nichts Reineres und Höheres, umgekehrt, sei auf der Erde zu finden, als der Jude und das Judentum. Der deutsche Bildungsphilister nimmt das entsetzt in sich auf und schaudert vor der Perspektive, die ihm Redner und Zeitungen eröffnen: wenn „Antisemitismus" im deutschen Volke Geltung erhielte, so würde Deutschland nicht mehr unter die Kulturvölker gezählt werden; — Schrecken aller Schrecken!

Wie immer beinahe bewiesen die Juden sich auch in diesem Fall als gute Propagandisten, denn sie bauen diese Propaganda auf einer psychologischen Einschätzung des Durchschnittsdeutschen auf, die bisher richtig war. Dieser Durchschnittsdeutsche weiß meist nicht, was Kultur ist, besitzt nicht allzuviel davon, hat aber einen unbegrenzten Respekt vor der **Kulturphrase** und vor der „Meinung der Welt", als deren berufenen Interpreten er Juden und Judengenossen betrachtet. Die Kulturphrase als Licht auf dem siebenarmigen jüdischen Leuchter ist seit fünfzig und mehr Jahren das unfehlbar wirkende Mittel der Hebräer gewesen, wenn es sich darum handelte, die Judenfrage totzureden, ihr wahres Wesen zu verbergen und von ihm abzulenken. Ein ausgezeichnetes Hilfsmittel dabei war die auch jetzt oft gehörte schlagwortmäßig frisierte Behauptung, der Antisemitismus sei nur Deckmantel für antirepublikanische Gesinnung und „Reaktion".

Bisher war der Durchschnittsdeutsche auf diese Weise unter allen Umständen kirre zu kriegen. Unzählige jüdische Erfolge haben das im Laufe der Jahrzehnte bewiesen. Die Frage ist nur, ob das Mittel heute noch zieht. Da kann man mit einer wenn schon bescheidenen Genugtuung feststellen, daß die Zugkraft der früher so richtig berechneten Propagandafrage ganz erheblich abgenommen hat und in beschleunigtem Tempo weiter abnimmt. Es ist verständlich, daß die Juden alles Denkbare tun, um diese Tatsache nicht bekannt werden zu lassen, aber sie sind viel zu klug, um sie nicht selbst zu bemerken. Die Klugheit hat allerdings ihre Grenzen, sie macht in erfreulicher Häufigkeit in besorgter Erregung, und dabei werden dann Fehler gemacht; der Jude ist in der Erregung nicht allein eine komisch-widerliche Karikatur, sondern dann auch unbesonnen und ungeschickt: ein „Pogrom" soll in Berlin stattgefunden haben. Die Juden wissen, daß diese ihre Behauptung eine grobe Lüge ist (über die Sache selbst wurde neulich gesprochen). Sie behaupten aber die Lüge, weil sie glauben, sie sei noch zugkräftig, wie in alten schönen Zeiten. Leider müssen wir die listigen Gottesknechte enttäuschen: das zieht nicht mehr! Die Bevölkerung, sogar in Berlin, beginnt zu erkennen, wer die Urheber ihres Elends sind. Die mit Devisen gepolsterten schwarzlockigen Jünglinge vom Alexanderplatz waren nur eine kleine gelungene Stichprobe; wie die Engländer sagen, eine „object lesson".

Daß so etwas aber im Kulturzentrum Berlin passieren konnte! Ausländer haben mir früher gesagt, erst in Berlin sei ihnen das jüdische Wesen in seiner ganzen Häßlichkeit klar geworden und ebenso die jüdische Gefahr. Nirgends sonst hätten sie ein so selbstbewußtes unverschämtes Auftreten des Juden beobachtet. **Solche Städte pflegt der Jude als Kulturzentren anzusehen und auszugeben.** Woher mag es kommen, daß ausgerechnet in diesem Kulturzentrum mitten aus der Bevölkerung heraus die Erkenntnis kommt, der Jude ist unser Todfeind, er ist die Ursache unseres Unglücks. Ja, woher mag es kommen? Und woher mag es kommen, daß gleich der erste Griff der erbitterten Bevölkerung hinein ins volle Judenleben die Richtigkeit ihres Gefühls erwies: das gute Geld in Taschen und Rockfutter der Juden, das schlechte bei den Deutschen! Ecco! würde Herr Alfred Kerr, geborener Kempner, hier sagen. — Das ist die Kultur des Kulturzentrums Berlin, und weil diese Kultur die deutsche Kultur verfälscht und vergiftet, und dem Volk das „Vivere", welches dem „Philosophari" vorauf gehen soll, unmöglich macht. Wirklich, es ist ein unnennbarer Frevel, wenn Angehörige des deutschen Volks sich spontan dagegen auflehnen. Welche Barberei, für die edle jüdische Kultur und deren feinste Blüten wie sie auf dem Alexanderplatz wachsen, kein Verständnis zu haben.

Die jüdischen Zeitungen schreiben Artikel über die „antisemitische Welle". Eine Welle kommt und geht. Die Juden möchten glauben und glauben machen, es handle sich um eine Hochflut, die wieder verebbt. Sie werden sich täuschen. Es ist keine Welle, sondern eine die sich ihres Ziels teils bewußt, teils instinktiv sichere gradlinige Bewegung. Erkenntnis der Wirklichkeit und Gefühl von der verderbenbringenden Art des jüdischen Wesens für die Deutschen ergänzen einander. Für uns Völkische ist Aufgabe, die Erkenntnis dauernd zu klären und zu erweitern, das Gefühl rein zu halten und zu nähren. Das ist ein Hauptteil der gesamten völkischen Aufklärungsarbeit. Wenn letztere auf der Höhe der Aufgabe bleibt, so wird Deutschland den Juden los werden, **sonst nicht**.

Adel, Monarchie — und Deutsch-völkische Bewegung.

In Nr. 43 des „Reichswart" schreibt B. von Lützow einen sehr treffenden Aufsatz über „Der deutsche Adel und die deutsch-völkische Bewegung". Er schreibt: „Auch am deutschen Adel ist die Revolution nicht spurlos vorübergegangen. Er hat sich seitdem kräftiger und bewußter als bisher auf deutsch-völkischer Grundlage organisiert. Es wäre aber zu wünschen, daß die völkische Gesinnung nicht nur bei festlichen Gelegenheiten und in schönen Reden sich äußerte, sondern daß sie jedem einzelnen Mitgliede des deutschen Adels in Fleisch und Blut überginge und im täglichen Leben aller Orten betätigt würde." „Wer heute deutsch sein will, muß deutsch-völkisch sein, sonst ist seine Gesinnung Talmi und führt dahin, „deutsche Juden" oder „hölzernes Eisen" anerkennen!" — „In dieser Hinsicht läßt der Adel nicht nur vieles, sondern alles zu wünschen übrig." „Wie wäre es sonst erklärlich, daß unter den Führern der deutsch-völkischen Bewegung sich nur ein einziges Mitglied des Uradels befindet, nämlich Graf Reventlow, der Herausgeber des „Reichswart"?"

> „Es wäre an der Zeit, daß nicht nur einzelne Personen, nein, daß der deutsche Adel in seiner Gesamtheit zu diesen Tatsachen — gemeint sind: das Programm des Hitlerschen Kampfbundes und der deutsch-völkischen Bewegung — Stellung nähme, aber nicht abwartend und kritisch, sondern mit begeisterungsvoller Teilnahme."
>
> „Vor und in den Befreiungskriegen verhielt der deutsche Adel sich ganz anders. Damals stand er an der Spitze der Freiheitsbewegung. Möge es jetzt abermals so werden, denn die völkische und die Freiheitsbewegung sind ein und dasselbe. Schließt der Adel sich hier aus, so ist es um seine Zukunft geschehen. Nur Mitläufer zu sein, ist gegen seine Art; sein historischer Beruf ist, Führer des Volkes in allen nationalen Angelegenheiten zu sein. Hat der deutsche Adel dazu noch den Willen und die Kraft, so trete er offen und energisch auf die Seite von Hitler und Ludendorff! Die deutsche Freiheitsbewegung, die Abschüttelung jedes Fremdjochs im Innern wie nach außen wird sich nötigenfalls auch ohne den deutschen Adel vollziehen, der deutsche Adel aber wird ohne kräftige Betätigung seiner völkischen Gesinnung unwiderruflich die führende Stellung im Volke verlieren, auf die er seiner Vergangenheit nach ein Anrecht hat. Ohne Pflichterfüllung kein Recht: Adel verpflichtet." —

Ich habe obige bemerkenswerte Sätze von Lützow's wörtlich seinem Aufsatz entnommen und hier zusammengestellt, um sie zum Ausgangspunkt meiner Ausführungen zu nehmen: Ich glaube, daß L. der Frage, warum der Adel sich der deutsch-völkischen Bewegung gegenüber so gut wie geschlossen ablehnend verhält, — wie er selbst ausführt, — daß v. L. dieser Frage nicht auf den Grund gegangen ist.

Desgleichen der sonst — und auch in seinem Aufsatz über „Rückkehr des Kronprinzen?" in Nr. 45 des „Reichswart" — so gründliche Herausgeber dieses Blattes, Graf Reventlow —, denn es handelt sich in diesem Aufsatz grundsätzlich um dieselbe Angelegenheit.

Reventlow steht dem Kronprinzen ablehnend gegenüber auf Grund deutsch-völkischer Erwägungen:

> „Auch dann aber wird sich die völkische Beweisführung sehr einfach abrollen und auf einer geraden klaren Linie bleiben: in der Judenfrage und in allem, was mit ihr irgendwie zusammenhängt, darf es für einen Völkischen keine Halbheit und keine Kompromisse geben. Damit steht und fällt die Existenzberechtigung der völkischen Anschauung schlechthin. Die ganze bisherige Vorgeschichte der Frage der Rückkehr des Kronprinzen nach Deutschland beweist aber, daß eine enge Verknüpfung mit hervorragenden Juden und Judengenossen besteht, und damit mit der Judenfrage. Also! — Sobald die Völkischen in irgendeinem wichtigen Punkte anfingen, Kompromisse einzugehen, würden sie sehr schnell auf dieselbe Ebene kommen wie die Deutschnationalen und dann sich nur noch dem Grade nach von der Deutschen Volkspartei, der demokratischen usw. unterscheiden."

Die Abneigung des Adels, auch des höchsten Adels hinauf bis zu den Fürsten und Monarchen gegen die deutsch-völkische Bewegung hat **tiefere** Gründe, die in den oben angeführten Aufsätzen nicht einmal gestreift sind, viel weniger in die Erörterung gezogen werden. Während der deutsche Mensch beginnt, um seine Rasse, um seine Rassenideale und um seine Rasseneinheit zu kämpfen, kannte und **kennt** der Adel **Eins**, was ihm über die Rassenreinheit geht: die **Ebenbürtigkeit!** Diese verbietet ihm die Vermischung mit nichtadligen Bürgern deutschen Stammes — wohl gestattet sie ihm aber die Vermischung mit fremdstämmigen Adligen! Es ist erstaunlich, daß diese grundlegende Angelegenheit von den beiden, dem Adel

Hauptmann Kolle. Erstklassige Erfolge!
Leipziger Str. 163, Ecke Friedrichstr. Tel. Zentr. 1575.

angehörenden Verfassern angeführter Aufsätze nicht berührt wird — obwohl hier die Grundlagen deutsch-völkischen Denkens in Frage kommen.

Zu welchen Folgerungen obige grundsätzliche Feststellung führt, ergibt sich aus der Mitteilung des deutsch-völkischen Vorkämpfers von Ramin in öffentlicher Versammlung: daß die Adelsgenossenschaft, gegen seinen Antrag, den Beschluß gefaßt habe, es dürfe unter der Ascendenz ihrer Mitglieder sich ein „Ahne" jüdischer Abstammung befinden! Herr von Ramin gab an, daraufhin mit seinem Austritt aus der Adelsgenossenschaft die Konsequenz gezogen zu haben, unter der für einen Deutsch-Völkischen allerdings selbstverständlichen Erklärung: dann sei ja der einfachste deutsche Arbeiter adliger wie derartige „Adlige". Nun untersuche man unter obigen Gesichtspunkten, oder noch etwas geschärfter insoweit nicht nur Juden, sondern auch sonstige Fremdstämmige als „Ahnen" in Betracht kommen, die Stammbäume nicht nur des Adels, sondern vor allem auch der Fürsten und Monarchen! Ich glaube, daß damit die Stellung des Adels in seiner jetzigen Verfassung sowie der Fürstenfamilien zur deutsch-völkischen Frage eindeutig bestimmt ist: Aber ebenso eindeutig bestimmt ist damit die Stellung der deutsch-völkischen Bewegung zu Adel und Monarchie!!

Ein Rassenmischmasch ist für uns kein Adel und ein Fürstenhaus unkontrollierbarster Mischung ist kein deutsches Fürstenhaus und hat in Deutschland nichts verloren. — Solange der Adel dem deutschen, d. h. nach v. Lützow dem „deutsch-völkischen" Menschen die Schande antut, daß er die Ebenbürtigkeit über die Rasseneinheit stellt, hat er — als solcher — mit der deutsch-völkischen Bewegung nichts zu tun und nichts in ihr zu suchen — und darum bleibt er ihr fern und blieb ihr fern, schon bevor v. Lützow schrieb:

„Wer heute deutsch sein will, muß deutsch-völkisch sein, sonst ist seine Gesinnung Talmi und führt dahin, „deutsche Juden" oder „hölzernes Eisen" anzuerkennen!"

Es ist zu verwundern, daß v. Lützow dies nicht erkannte, als er seinen Aufsatz schrieb. Er wird mit manchem Adligen erwidern, es gebe noch rein deutsche Adelsfamilien und vielleicht auch Fürstenhäuser — dann kann er aber nicht leugnen: das ihnen allen eigene Prinzip der Ebenbürtigkeit und zwar der internationalen Ebenbürtigkeit!! Die Pflichten des „deutschen Adels," sofern er auf diesen Ehrentitel Gewicht legt, sind damit der deutsch-völkischen Bewegung gegenüber klar und scharf umschrieben.

Ebenso klar und scharf die Gesichtspunkte, nach welchen die Deutschen, d. h. nach v. Lützow die Deutsch-Völkischen, ihre Stellung zur Monarchie einzurichten haben und nach welchen sie etwaige Prätendanten oder etwaige Fürstenhäuser zu beurteilen haben. Eindeutig stehen die Forderungen der Deutsch-Völkischen damit fest: Wir verlangen, daß eine deutsche Republik vor allem und in erster Linie deutsch sei — nur deutsch!, d. h. nach von Lützow, „deutsch-völkisch."

Um so mehr verlangen wir aber, daß ein Fürst, daß ein Fürstenhaus deutsch sei — nur deutsch!, d. h. nach v. Lützow, „deutsch-völkisch!" Damit ist alles gesagt. — Ich schließe mit den Worten v. Reventlows: „Auch dann aber wird sich die völkische Beweisführung sehr einfach abrollen und auf einer geraden klaren Linie bleiben: — — — es darf für einen Völkischen keine Halbheit und keine Kompromisse geben. Damit steht und fällt die Existenzberechtigung der völkischen Anschauung schlechthin. — — — Sobald die Völkischen in irgendeinem wichtigen Punkte anfingen, Kompromisse einzugehen, würden sie sehr schnell auf dieselbe Ebene kommen wie die Deutschnationalen und dann sich nur noch dem Grade nach von der Deutschen Volkspartei, der Demokratischen usw. unterscheiden."

Dr. J. W. Härtl, Berlin-Steglitz.

* * *

Es ist dankenswert, daß der Herr Einsender mit seinen Ausführungen weitere Anregungen zu der Frage gibt. Vorbehaltlich einer Stellungnahme Herrn v. Lützows, möchte ich das Folgende erwidern: Da er mehrfach auch auf meinen Standpunkt zu sprechen kommt und ihn insofern für oberflächlich hält, als ich auf die „Ebenbürtigkeit" nicht eingegangen sei, scheint er einen früheren Aufsatz des „Reichswart" nicht zu kennen, der die Frage des Adels behandelte, und zwar grundsätzlich. Der Hauptgedanke war: es gibt keinen Adel, sondern lediglich eine Anzahl adliger Familien; mit anderen Worten: ich verwerfe die Auffassung ganz und gar, daß die adligen Familien als Sammelbegriff, als Stand oder als Interessenvertretung politischer und wirtschaftlicher Art einen Sammelbegriff bilden, also „den Adel". Schließen sich Grundbesitzer zusammen, um ihre wirtschaftlichen Interessen zu vertreten, so sind sie in ihrem Recht, wie jeder andere Berufsstand. Angenommen aber den Fall, diese selben Grundbesitzer schlössen sich in ihrer Eigenschaft als Adlige zusammen, so würde das meiner Auffassung nach unberechtigt und vom völkischen Standpunkt betrachtet in jedem Sinne verfehlt sein. Beiläufig bemerkt, bin ich auch Gegner von allen Zusammenschlüssen Adliger beiderlei Geschlechts, wie der Adelsgenossenschaften, Adelsgesellschaften und gar wirtschaftlichen Vertretungen „des Adels". Auch das ist früher hier schon zum Ausdruck gekommen, mit der Begründung, daß, wenn adlige Persönlichkeiten und Familien sich als solche zusammenschließen, sie damit nicht allein eine äußere, sondern auch eine innerliche Scheidewand zwischen sich und den andern Deutschen aufzurichten bestrebt sind. Eine solche, einerlei, was für einen Namen man ihr gibt, wie man sie begründet oder rechtfertigt, widerspricht dem völkischen Gedanken. Vor allem gilt das von der Gesinnung und Auffassung, die zur Errichtung einer solchen Scheidewand führt.

Aus dieser Ueberlegung geht schon hervor, daß das Prinzip der Ebenbürtigkeit auch meiner Auffassung nach keine Berechtigung besitzt und verwerflich ist, jedenfalls in dem überlieferten Sinn. Der Herr Verfasser mißt diesem Prinzip eine sehr große, ja maßgebende praktische Bedeutung bei. Damit kann man ihm nur, jedenfalls für die Gegenwart und nähere Vergangenheit, nur zu einem kleinen Teile Recht geben. Eine wesentliche Rolle spielte seit einem halben Jahrhundert der Grundsatz der Ebenbürtigkeit nur bei den souveränen Fürstenfamilien und im sogenannten hohen Adel, ist aber in den Kreisen der letztgenannten Familien dauernd sehr häufig mißachtet und durchbrochen worden. Bei den regierenden Fürstenfamilien hat die Durchführung des Prinzips der Ebenbürtigkeit zwei Hauptfolgen und Wirkungen gezeitigt, von denen der Herr Verfasser eine nennt, das ist die Internationalität der Fürstengeschlechter durch Heiraten, die ebenbürtig sein sollten. Daraus ergab sich, daß jene Familien ein internationales Standesinteresse in sich ausbildeten, internationale Familieninteressen voranstellten und deshalb häufig genug die Interessen ihres eigenen Landes nicht wahrnahmen und sich zu dessen Schaden durch ausländische Standesgenossen, häufig die eigene Frau zum Schaden des eigenen Landes beeinflussen ließ. Es war etwas ganz neues, als der Hohenzoller, König Karl von Rumänien in seinen Aufzeichnungen schrieb, er sei zur Ueberzeugung gelangt, daß man als Herrscher eines fremden Landes das nationale Interesse eben dieses Landes unbedingt maßgebend sein lassen müsse. Das entgegengesetzte Bild haben immer englische Prinzessinnen an auswärtigen Thronen gegeben: für sie war ohne Ausnahme das Interesse ihres Mutterhauses und ihres Mutterlandes maßgebend. Was Deutschland betrifft, so haben ihm ausländische Heiraten seiner Fürsten durchweg Schaden gebracht. Von diesem Erfahrungsstandpunkt aus ist die ausländische Fürstenheirat also zu verwerfen.

Der Verfasser irrt aber in der Ansicht, das Unverständnis der Fürsten gegen den völkischen Gedanken begründe sich vornehmlich darin, Indirekt führt sich zweifellos fürstliches Unverständnis für den völkischen Gedanken mit auf das Ebenbürtigkeitsprinzip zurück. Im Grunde ist dieses aber und sind beides Folgen der fürstlichen Auffassung, daß eine Vermischung mit anderen Teilen des Volkes, die nicht fürstliches Blut hätten, zum mindesten einer Famile des sogenannten hohen Adels angehörten, vollkommen unzulässig seien, wie überhaupt die Fürstenblütigen in jedem Sinne eine vom übrigen Volk getrennte Kategorie bildeten, die auf allen Gebieten getrennt, darüberstehend, gehalten werden müsse. Diese Auffassung ist an sich schon eine Degenerationserscheinung. Nicht zum wenigsten an ihr erklärt sich das trübe Ende im Jahre 1918; ein Ende, wenn nicht jene Fürsten und ihre Abkommen, solange es noch Zeit ist, zu ganz anderen Anschauungen, nämlich zu den völkischen, gelangen.

Unter den adligen Familien Deutschlands hat, abgesehen von Ausnahmen, das Ebenbürtigkeitsprinzip lange nicht die Bedeutung, die der Herr Verfasser annimmt. Seit Jahrzehnten fanden sich Adlige und Nichtadlige im Heere, in den Beamtenlaufbahnen usw. immer mehr durcheinander geworfen. Zahlreiche Adlige, die wegen Verarmung, aus Mangel an Fähigkeiten usw. unter das bisherige Niveau der Familie sanken, gelangten in subalterne Berufe und verheirateten sich dort, andere machten Geldheiraten. Es soll nicht bestritten werden, daß das Bestreben, unter sich zu heiraten, nicht selten noch vorliegt, besonders, wo Besitz, Verwandtschaft usw. dazu auffordern, aber als Prinzip beschränkt sich die Ebenbürtigkeitsheirat seit längerer Zeit bereits auf einen kleinen Teil von Personen und Familien. Wo dieses Prinzip aber obwaltet, ist es eben nur auch eine Folgeerscheinung, nicht die Ursache nichtvölkischer Gesinnung. Zur Ursache freilich kann sie werden, wird sie stets, sofern es sich um Ehen adliger Männer und Frauen mit Jüdinnen oder Juden handelt. Das ist ein Kapitel für sich, welches den Lesern des „Reichswarts" vertraut ist.

Der Mangel an Verständnis für den völkischen Gedanken oder der Widerwille gegen ihn unter Adligen führt sich, wo er vorhanden ist, wohl im wesentlichen zurück auf: Abneigung, zum mindesten Gleichgültigkeit neuen Gedanken gegenüber, zumal, wenn deren Verwirklichung eine tiefgreifende Umwälzung bedeuten, wie gerade der völkische Gedanke. Zahlreiche Adlige leben heute noch des Glaubens, man brauche nur genügend lange zu warten, dann werde der Herr der Heerscharen einen dem alten ähnlichen Zustand wieder herstellen, dann werde wieder ein Adel da sein, und zwar derselbe, wie vorher, und zwar als führende Schicht, als „erster Stand". Politisch sagen diese und ihr benachbarte Richtungen: was wir wollen und was uns dient, was wir erreichen können und wollen, dafür steht uns die Deutschnationale Volkspartei, sie genügt uns, viele der Unsrigen sind in ihr. Die Völkischen mögen ganz gute Leute sein, sind aber zu „weit links", gehen in allem zu weit. Sie wollen das wenige noch Bestehende umstürzen, sie wollen auch den Grundbesitz aufteilen. Dazu kommt die Version, die Völkischen seien Feinde des Christentums, überhaupt eigentlich Kommunisten, oder aber: sie wüßten gar nicht, was sie wollten, abgesehen davon, daß ihre Haupttendenz ein „öder Antisemitismus" sei. In jüdisch versippten adligen Familien übt der Zusammenhang mit der Mischpoke immer einen großen, meist bestimmenden Einfluß. Dort ist diese Version über die Völkischen besonders beliebt. Der völkische Standpunkt, daß es keine Klassen, auch keine Stände geben darf, ist ohne Zweifel vielen Adligen nicht sympathisch, immer mit dem Hinblick besonders auf die Zukunft, von der sie „Wiederherstellung" erwarten. Je mehr Adlige begreifen, daß das Gewesene nicht wiederkommt: nicht wiederkommen kann, desto stärker wird der Zustrom von Adligen zum völkischen Gedanken anschwellen, wenn sie davon nicht durch eins der andern erwähnten Motive zurückgehalten werden.

Adlige, die für sich und andere Adlige Führung für berechtigt halten und beanspruchen, werden dieses nur dadurch erreichen können, daß sie höhere Leistung entwickeln als andere. Der Gedanke eines Adelsstandes, einer Adelsgesellschaftsklasse, eines Adelsinteressenverbandes ist schädlich und unvölkisch. Wenn ich das Wort „unvölkisch" brauche, so soll es weniger den Gegensatz zum völkischen Programm hervorheben, als zum Ausdruck bringen, daß das Völkische die Zukunft ist, und alles, was einen „Adelsstand" betrifft und will, einer Vergangenheit angehört, die nicht wiederkommt. Im Zusammenhange dieser Gedanken muß auch gesagt werden, daß das Bestreben adliger Persönlichkeiten und Familien, sich untereinander zu organisieren und sich nach außen abzuschließen, dem Gedanken der Gemeinbürgschaft, die der völkische Gedanke erfordert, entgegensteht und entgegenstrebt. Die Gemeinbürgschaft, der völkisch selbstverständliche Altruismus, wird eine Phrase für die Adligen, wenn sie sich als Stand fühlen und sich abzusondern trachten. Das gilt von den besitzenden Adligen ebenso viel wie von denen, die nicht besitzen. Die ersteren, die Besitzenden, könnten, wenn sie wollten, ein sehr großes völkisches Werk tun. Auf doppelte Weise: durch ihr Beispiel, indem sie zeigen, daß sie wirklich willens sind, zu opfern für die große völkische Sache, ohne Hintergedanken. So würden sie auf die durch Jahrzehnte lange Verhetzung tief mißtrauischen Massen in wahrhaft völkischem Sinne einwirken und damit für das Gefühl der Gemeinbürgschaft reif machen, mithin den sozialen Gedanken, der gleichzeitig der völkische Gedanke ist, an ihrem Teil lebendig machen. Abgesehen von dieser ideellen Bedeutung, würden die besitzenden Adligen für die völkische Bewegung durch Opfern von Mitteln Großes wirken können. Man würde dann nicht mehr sagen können, was heute so viel gesagt wird: die reichen Juden bringen für ihre Politik fortwährend die größten Opfer, sie lassen sich nicht drängen, sondern tun es aus eigenem Antrieb. Die besitzenden Adligen aber sprechen von völkisch, sie halten für selbstverständlich, daß man ihnen und ihren Besitz bewaffneten Schutz gibt, aber leisten wollen sie nichts dafür.

Der „Reichswart" hat als erster gesagt, daß die Verwirklichung des völkischen Gedankens eine tiefgehende, bis auf den Grund beinahe aller Gebiete unseres Volkslebens reichende Umwälzung bedeutet und auch verlangt. Es liegt in der Natur der Unechtheit unseres öffentlichen Lebens, daß das Wort „völkisch" schnell einen viel größeren Teil der Oberfläche ergriffen hat, als das Wesen. Hunderttausende von Menschen in Deutschland sagen: „völkisch bin ich selbstverständlich". Sie denken aber nicht daran, völkisch zu handeln und geben sich nicht die Mühe, sich zu unterrichten, was das Völkische bedeutet. Die Adligen in Deutschland sollten das auch in ihrem eigenen Interesse tun, denn die Eigenschaften, die sie nach ihren besten Ueberlieferungen hochhalten und verkörnern wollen, und in denen auch das Gedeihen ihrer Familien eingeschlossen ist, haben nur im völkischen Staate eine Zukunft. Kommt dieser nicht, so gehen sie zugrunde, und kommt er im Kampfe gegen sie, so werden sie schwersten Schaden leiden.

Volksgenossen.

(Schluß.)

Einseitige Standes- und Klassenorganisationen werden nicht mehr anerkannt. Mit der jetzigen gewerkschaftlichen Lohnpolitik, die nur Zahlen, aber keine Werte kennt, muß endlich Schluß gemacht werden. Hört die deutsche Wirtschaft auf, Spielball der berufsmäßigen Spekulation und Ausbeutungsobjekt überstaatlicher dunkler Finanzmächte zu sein, dann wird sie auch in der Lage sein, dauernd alle Volksgenossen angemessen zu beschäftigen. Staatliche Zwangswirtschaft aber, staatliche Wirtschaftsbevormundung und dergl. ist naturwidrig und rächt sich, wie die jüngste Vergangenheit zeigt, bitter.

13. Das moderne Aktienwesen wirkt nicht nur produktionshindernd und verteuernd infolge der fortgesetzten Kapitalentziehung seitens der Dividendenempfänger, denen es ein mühe- und arbeitsloses Einkommen sichert, sondern fördert auch in hervorragendem Maße die Interessen der Raffer und Schmarotzer auf Kosten der schöpferischen Unternehmer und Arbeiter. Es kann so in einem wirklich sozialen Staatswesen nicht weiter bestehen.

14. Grundsätzlich dürfen Anteil am Gewinn eines Unternehmens nur solche Personen haben, die daran durch Arbeit beteiligt sind. Hat das Wirtschaftsleben nach Beseitigung der Zinsknechtschaft und der Leihkapitalfrohn seine deutsche Seele wiedergewonnen, dann können unbedenklich die Arbeiter und Angestellten Besitz- oder Nutzungsanteile an dem Unternehmen, für das sie arbeiten, erwerben, was nicht nur zu einer einzigen Arbeits- und Interessengemeinschaft, sondern auch zum Arbeitsfrieden führen würde. Solange aber die heutige Geldwirtschaft besteht und jederzeit künstlich Unfrieden zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber gesäet werden kann, würde die Ausgabe von sogen. Kleinaktien und ähnl. an Arbeiter nichts nützen; höchstens machten sie die Arbeiter als Besitzer von Kleinaktien der Ausbeutung mitschuldig.

15. Die Mitglieder des Aufsichtsrats einer Handelsgesellschaft dürfen keine Vergütung (Tantiemen) beziehen.

Soweit die den Aufsichtsräten obliegende Tätigkeit nicht von ihnen selbst ehrenamtlich unter Erstattung ihrer Auslagen ausgeübt wird, liegt sie staatlichen Revisionsbeamten ob.

Solange die Frage der Gewinnbeteiligung der Arbeiter und Angestellten nicht geregelt ist, sind die an sich den Aufsichtsräten zukommenden Tantiemenbeträge nach Abzug der Revisionskosten zugunsten der Arbeiter und Angestellten des Betriebes zu verwenden.

16. Das Geld bleibt nur noch Tauschmittel und erhält die denkbar beste Deckung durch das gesamte Volksvermögen, durch alle Werte, die in Stadt und Land vorhanden sind und fortgesetzt neu geschaffen werden, ohne daß diese besonders verpfändet und in Verbindung mit dem Ergebnis der Ein- und Ausfuhr durch entsprechende Deckungswerte gesichert werden. So allein läßt sich wieder eine hochwertige Valuta für Deutschland erreichen, wozu als weitere Voraussetzung ist, daß Deutschland wieder ein freier, souveräner Staat ist. Außerdem würden die dem Staat zufließenden Kapitalien und die ihm bei Kreditgewährung zu verpfändenden Werte die Deckung für das umlaufende Geld verstärken. Die Mark erhielte auf diese Weise ihren inneren Wert zurück, die Kaufkraft der Mark würde steigen, der Abbau der Preise von selbst folgen. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Geldzeichen aus Papier oder Metall oder sonstwie hergestellt werden. Wo aber das Gold zur Grundlage der Währung gemacht wird, wird es, weil es leicht in wenigen Händen zusammenfließt, eine staatenzerstörende — und wirtschaftverderbende Macht ersten Ranges. Die Dollar-Springflut wird endlich aufhören.

17. Die bestehenden Staats- und Kommunal-Schuldverschreibungen werden in Zahlungsmittel umgewandelt.

18. Ein hervorragendes Mittel zur alsbaldigen Beseitigung der Wohnungsnot und der Arbeitslosigkeit, dieser beiden großen Uebel unserer Zeit, zugleich das wertbeständigste Zahlungsmittel für den Verkehr ist das Baugeld. Es wird bei Neubauten an die Arbeiter und Lieferanten in Höhe der jeweils geleisteten Arbeit bezw. der jeweils bewirkten Lieferung ausgezahlt — also Leistung gegen Leistung — und, sobald der Bau fertig ist, aus dem Verkehr gezogen. Der fertige Bau, ein produktiver Wert, gibt dann mit die beste Deckung für das gewöhnliche Geld ab und verschafft dem Staat zugleich fortlaufende Einnahmen. Auf diese Weise können vor allem auch die nötigen landwirtschaftlichen Siedlungsbauten hergestellt werden.

19. Das einzuführende deutsche Bodenrecht, nach welchem jeder den Grund und Boden nur zu Lehen empfängt, läßt weder die Verpfändung des Grund und Bodens noch den Handel und die Spekulation damit zu.

Jeder deutschen Familie, die es verdient und sich darum bemüht, gebührt eine freie, unverschuldbare Heimstätte.

20. Der deutsche Wald wächst zu Nutzen des deutschen Volkes und ist daher Gemeineigentum. Wer ihn bewirtschaftet, ob Staat, Gemeinde oder Privatmann, erhält entsprechend seinem Fleiß und seiner Tüchtigkeit seinen Lohn. Dasselbe gilt von allen Naturkräften und Naturschätzen in, auf und über dem Boden.

21. Durch die Verstaatlichung des Bank- und Kreditwesens und die sonstige Neuordnung der Dinge werden die Staatseinkünfte derart vermehrt werden, daß die Besteuerung, wenn auch nicht ganz wegfallen, so doch außerordentlich erleichtert werden kann.

Als die einzige wirkliche, auch nicht ab-

Antike Gemälde
zu kaufen gesucht
Rudolf Schmidt & Co. Antiquitäten-G. m. b. H.
Berlin W 66, Wilhelmstraße 46—47
Schätzungen unentgeltlich

Detektiv-Institut.
Hauptmann Holtz.
Leipziger Str. 103, Ecke Friedrichstr. Tel. Zentr. 1273.
Erstklassige Erfolge!

zuwälzende Steuer wird die Bodenrente (d. i. die Rente, die für die Erlaubnis, ein Stück Bodenfläche zu benutzen, bezahlt und deren Höhe durch die Größe der Fläche und ihren Lagewert bestimmt wird) heimgeholt und zwar für die Allgemeinheit anstatt wie heute für die Privathand. Sie ist überall da, wo es möglich ist, in natura zu leisten. Neben ihr darf zur Ergänzung als allgemeine Steuer höchstens nur noch eine sozial abgestufte Einkommensteuer erhoben werden. Niemals aber darf durch Besteuerung die Substanz aufgezehrt oder verringert werden. Alle sonstigen Steuern und Abgaben, insbesondere die indirekten Steuern, Gewerbe-, Umsatz-, Verkehrs- und Stempelsteuern, werden beseitigt.

Das Steuerwesen wird von den Gemeinden und Kreisen mitverwaltet, besondere Finanzämter sind nicht mehr erforderlich. Eine ungeheure Ersparnis im Staatshaushalt wird die Folge sein. Dies und alles andere wird der himmelschreienden Schuldwirtschaft in Reich, Staat und Gemeinde endlich das wohlverdiente Ende bereiten.

22. Eine aus den Werkgemeinschaften einerseits und den deutschen Familienverbänden andererseits organisch hervorwachsende Volksvertretung mit dem Schwerpunkt im Lande ist die Trägerin der wahren deutschen Demokratie. Haben wir diese, dann wird sich auch die große Mehrheit des Volkes über Staatsform und Staatsoberhaupt, wie solche den Deutschen frommen, leicht einigen.

Nur wenn diese Forderungen verwirklicht werden, wird sich erfüllen, was alle Deutschen mit Ausnahme der Wucherer, Schieber und Spekulanten so heiß ersehnen: Die Niederzwingung des ausbeuterischen Kapitalismus und des volksfeindlichen Händlertums, jener finsteren Mächte, die sich mit Hilfe des Börsenputsches vom November 1918 in den Sattel geschwungen haben.

Wir lehnen jede gewaltsame Durchsetzung unserer Ziele ab und appellieren nur an die vernünftige Ueberlegung und den reinen Willen unserer Volksgenossen.

Wir wollen weder eine Diktatur von rechts noch eine Diktatur von links, wir nehmen aber, wenn es zum Wohle von Volk und Staat nicht anders geht, eine Diktatur hin, die sich auf alle ehrlich Schaffenden und Deutschfühlenden im Lande stützt und in Wirklichkeit gar keine Diktatur ist, sondern Werk- und Volksgemeinschaft, ganz gleich aber, ob dann ein Arbeiter oder ein sonstiger Bürger Träger der staatlichen Macht ist.

Wir bilden keine Partei und sind auch keiner Partei dienstbar und wir laufen auch keiner Partei nach. Wir erblicken vielmehr im Parteiwesen eins der großen Uebel, das wir restlos beseitigen müssen, weil die Parteien, schon ihrem Begriff nach, die natürliche Volksgemeinschaft zerreißen und denjenigen, die an dieser Zerreißung ein Interesse haben, das „Teilen und Herrschen" ermöglichen oder doch erleichtern.

Volksgenossen! Werft Eure Vorurteile über Bord und bildet Euch ein eigenes Urteil! Gebt keinem Eure Stimme, der Euch nicht die Gewähr bietet, daß er voll und ganz für die vorstehenden Forderungen eintritt. Fordert von Euren jetzigen Führern Rede und Antwort, wie sie sich zu unseren Forderungen stellen, damit Ihr erkennt, welch' Geistes Kinder sie sind.

Sammelt Euch an jedem Orte in unserem Zeichen, nehmt Euer Schicksal selbst in die Hand und wählt neue Führer!

Macht wahr das verheißungsvolle Wort Ulrich von Huttens:

„Wenn die Deutschen einmal begreifen, was ihnen not tut, werden sie das erste Volk der Welt sein."

General Hoffmanns Buch.

(von Teja.)

Die Kritik des vielgenannten Generals an der deutschen Heeresleitung scheint uns kaum den scharfen Tadel mancher rechtsstehender Blätter zu verdienen. Daß der General zu einer Kritik berechtigt war, so weit es sich um rein militärische Fragen handelt, kann schwerlich bestritten werden, ganz ohne Rücksicht auf den Ausgang des Krieges. Die politische Stellung des Generals mag sein, welche sie will, sie mag ihre Gründe in der Herkunft und Erziehung oder in der späteren Liierung mit der jüdischen Demokratie haben, das ändert nichts an der Berechtigung Hoffmanns zu militärischer Kritik, da er nun einmal eine wichtige Stelle im Kriege bekleidete. Ob er an diese Stelle gehörte, ist eine andere Frage. Daß Moltke, Falkenhayn und auch Hindenburg in entscheidenden Momenten unverständliche und verhängnisvolle Entschlüsse gefaßt haben oder den Kaiser so beraten haben, wird schwerlich zu leugnen sein. Allerdings nützt jetzt auch die sachliche Kritik nichts mehr. Denn wir lernen nichts aus den Fehlern früherer Generationen — das ist die deprimierendste Lehre aus der menschlichen Geschichte. Jede Generation will ihre eigenen Fehler und Erfahrungen machen. Wenn wir wollten, könnten wir indessen aus dem Hoffmannschen Buch recht viel lernen. Denn Hoffmann zeigt mit erstaunlicher Naivität seinen fast grotesken Mangel an politischem Verständnis und Instinkten. Was er darüber so leichthin niederschreibt, kann uns heute noch eine Gänsehaut machen, und wir könnten das Gefühl haben wie der Reiter, nachdem er über den gefrorenen Bodensee geritten war; nur daß dieser Ritt 1918 nicht glücklich beendet worden ist. Welchen politischen Kindern, um nicht stärkere Ausdrücke zu brauchen, waren die Geschicke Deutschlands in diesem Kriege anvertraut!

Man kann einwenden, daß es nicht die Aufgabe des Generalstabs gewesen sei, Politik zu verstehen oder zu machen. Das ist richtig und nicht richtig. Richtig ist, daß Heerführung und alles, was damit zusammenhängt, zu den Hauptaufgaben des Generalstabs und somit zu den Grundforderungen der Ausbildung des Generalstabs-Offiziers gehört. Im Existenzkampf Deutschlands gehörten aber andere Männer an politisch so wichtige Stellungen, als solche, die in ihrer Ausbildungszeit nichts anderes geleistet hatten, als die Patentlösung der Schlieffen-Aufgaben zu finden und in den Taktikaufgaben der Kriegsakademie Nr. 9 als Zensur zu erhalten. Die Ausbildung des General Hoffmann auf dem Gebiete der Geschichte und Politik — und nicht nur die des General Hoffmann —, ist überaus dürftig gewesen, wie wir sehen werden aus seinem Buch. Wenn diese gewisse Art von Offizieren vielleicht schon aus einer demokratischen Kinderstube stammten und dann auf der Akademie in die Kreise der Berliner jüdischen Demokratie hineingerieten, dann war das Unheil fertig. Die überragende Intelligenz dieser krankhaft schnell emporgelobten Generalstäbler fand oft nicht die notwendige Ergänzung im Charakter, der doch die Hauptsache bleibt. Leider hatten wir an vielen ganz wichtigen Stellen solche Offiziere, denen es mindestens an jedem politischen Instinkt fehlte. Politischer Instinkt aber ist das Resultat einer langen Familientradition und Erziehung, verbunden mit Verständnis für Geschichte. Bismarcks Vorbildung für sein Lebenswerk bestand in umfassender Kenntnis und ganz seltenem Verständnis für Geschichte. Hoffmann und seinesgleichen fehlte das alles in unfaßbar hohem Grade. Wir büßen heute die Sünde, die in der Auswahl der Männer für politisch wichtige Stellen begangen wurden; denn Hoffmann ist bei weitem nicht der einzige geblieben, der politisch verheerend gewirkt hat.

Nun einige Beispiele für den politischen „Weitblick" Hoffmanns. Im Kapitel „Die ungenutzte Russen-Revolution" stellt er fest, daß Ober-Ost nichts vom Transport Lenins durch Deutschland gewußt habe. Die Vorwürfe: Wir seien die Väter der russischen Revolution gewesen, wären erlogen. Wir hätten aber das Recht gehabt, die Unruhen der von England gemachten Revolution im Lande und Heere zu vergrößern; und wenn er gefragt worden wäre, würde er schwerlich Einwendungen gegen diese Maßnahmen erhoben haben. Denn „die unseligen Folgen des Auftretens dieser Männer hätte damals kein Mensch voraussehen können"!

Diese Offenheit verdient jedenfalls Anerkennung, denn sie ist für General Hoffmanns Ruf vernichtend. Wenn die klügsten Generalstabsoffiziere, über die wir verfügten, diese Folgen nicht voraussahen, so war ihre allgemeine und geschichtliche Bildung unter Null, und ihre Menschenkenntnis geringer als die eines Backfischs. Sie mögen große Strategen gewesen, über Politik mitzureden hätte, ihnen bei sofortiger Todesstrafe verboten sein müssen. Hoffmann möge jetzt im Ruhestande das Versäumte nachholen, Geschichte studieren und Bismarcks Erinnerungen und Reden vorwärts und rückwärts lesen. Wenn auch die politischen Instinkte nicht mehr erworben werden können, so doch villeicht die Einsicht in die elementaren Triebkräfte der Revolutionäre aller Zeiten. Daß das alte stolze Preußen unter der Regierung des letzten Herrschers soweit heruntergekommen war, daß es in der Nachbarmonarchie die Revolution zu entfesseln mithalf, büßen wir jetzt mit Zeigner und Genossen, die von Reichswehrgenerälen „Sehr verehrter Herr Ministerpräsident!" angeredet werden. Das sind die gleichen Instinkte wie die des Generals Hoffmann. Hätte Hoffmann nur den Schimmer einer Ahnung von Geschichte gehabt, so hätte er sich der Beispiele aus der Geschichte anderer Revolutionen erinnern müssen. Wir empfehlen ihm wenigstens jetzt noch Sybel zu studieren. Ob wir die Väter der russischen Revolution waren, wollen wir nicht so genau untersuchen. Gewiß hat England diese letzte russische Revolution gemacht und die Geburt dieses Kindes befördert. Aber ein Kind pflegt lange Zeit vor der Geburt empfangen zu werden. Und jedenfalls hat die monarchische Regierung bei uns das Wachstum dieser Frucht mit mehr als bloßem Interesse beobachtet. Sie hat geduldet, daß deutsche revolutionäre Arbeiter bereits 1904 Hunderttausende sammelten zur Unterstützung der russischen Revolution. Auch für diese Sünde wider den heiligen Geist der Monarchie büßen die Hohenzollern und wir leider mit ihnen. Wir haben noch mehr getan: Man versorgte die armen russischen Gefangenen im Weltkriege offiziell mit nihilistischer Literatur. Dafür revanchieren sie sich heute durch Finanzierung der roten Armee bei uns. Und die Dreckseelen der proletarischen Führer verdanken mithin ihre Existenz und die Möglichkeit ihres täglichen Hoch- und Landesverrats — wir wollen nicht sagen wem.

Als der russische Waffenstillstand in Aussicht stand, fragt Ludendorff telephonisch an (so berichtet Hoffmann), ob man mit den Bolschewiken verhandeln könne; Hoffmann bejaht das bedingungslos. Ueber diese Frage war keine Diskussion möglich und nötig, und Ludendorff hätte ohne Rückfrage bei Untergebenen entscheiden sollen, daß die Deutsche Oberste Heeresleitung nicht mit einem revolutionären Unteroffizier der russischen Armee verhandele. Die Folge dieser Verhandlungen war die Befestigung der bolschewistischen Macht, das Blut von Millionen Rassen, die deutsche Revolution und das Ende Deutschlands. In himmlischer Unschuld schreibt Hoffmann, daß er „später häufig" über diese Folgen nachgedacht habe. Hier war Nachdenken überhaupt nicht nötig, sondern nur der Instinkt, der es einem preußischen Offizier zu allen Zeiten unmöglich machen sollte, mit Verbrechern zu verhandeln. Auch heute noch. Haben denn alle diese Generäle nie von einem gewissen General York gehört, der so etwas wie eigene Verantwortung und eigenes Ehrgefühl selbst vor die Befehle des Königs stellte.

Als bei den nun folgenden Verhandlungen nun die Elite der jüdischen Schwerverbrecher Joffé, Trotzki u. a. in Brest-Litowsk ganz offen die Weltrevolution auch in der deutschen Armee propagierte, stiegen diesem instinktbegabten preußischen Oberst Hoffmann endlich die ersten Bedenken auf. Aber er hängte diese Schufte nicht etwa auf, sondern verhandelt seelenruhig weiter; und als ein russischer Admiral ihn von der unfehlbar drohenden deutschen Revolution warnt, lacht Hoffmann ihn aus. Der alte York hätte vielleicht Kühlmann dazu gehängt. Wir glauben also, daß man recht viel aus dem Buch des General Hoffmann lernen könnte. Aber man wird es nicht tun. Es ist schon so, wie neulich Herr Bernhard in einem unbewachten Moment gesagt hat:

„Die Schwäche der Republik liegt vor allem darin, daß sie im Grunde nichts weiter ist, als die Fortsetzung der kaiserlichen Regierung unter anderem Namen."

Herr Bernhard ist ein kluger Mann; mit wenigen Worten kann man den Leidensweg der Monarchie bis zum bitteren Ende Deutschlands, den Weg von Caprivi über Bethmann, bis zu Stresemann und Zeigner nicht fixieren. Und allen diesen Kanzlern haben die Generale ohne Instinkt die Wege ebnen helfen; von Hoffmann bis zu den Epigonen, die heute wieder mit Verbrechern von anerkannten Qualitäten verhandeln. Rußland ist mit zugrunde gegangen an unserer militärischen „Karlchen-Mießnick"-Politik; sollen wir nun folgen? Wo ist York?

Detektive von Bredow-Daué, Berlin 25 jähr. Praxis m. Kriminaltätigkeit, Ermittelungen — Beobachtungen
Jerusalemerstr. 22 Jtr. 5338 **Auskünfte** Babelsbergerstr. 42 Uhl. 3178

Briefkasten:

W. St. in L. Brief mit 1,05 Goldmark erhalten. Herzl. Dank.

J. Sch. in K. 4,20 Goldmark-Spende mit bestem Dank empfangen. Heil!

Fr. P. in M. Brief mit Einlage richtig erhalten.

Fr. H. in L. 20000 Oestr. Kr. als Spende mit bestem Dank erhalten.

Verantwortlich für den Inhalt: Graf Ernst zu Reventlow, Potsdam. Für den Anzeigenteil: O. Lang, Berlin. Verlag: „Der Reichswart", Verlagsges. m. b. H., Berlin SW. 11, Dessauerstr. 6. Druck: Neudeutsche Verlags- und Treuhand-Gesellschaft m. b. H., Berlin SW. 11, Hedemannstraße 12.

Buch • Kunst • Musik
Spez.: Völkische Literatur
Nationaldeutsche Versandbuchhandlung Kurt-Fritz Schwarz, Osnabrück, Spichernstr. 37, fr. Berlin
Der große völk. Roman: Reinecke: Der Erlöserkaiser
geh. M. 4,—, geb. M. 8,—
Angebote auf Wunsch. Liefere sämtliche auch von and. Seite angekündigt. Werke

Reklamepreis nur 4.00 Goldmark
kostet echte deutsche Herren-Ankeruhr
Nachts leucht nur 0.40 Gold.mark mehr
Nr. 52 stark vernickelt, ca. 30 Std. Werk genau regul. nur 4.00 Goldm.
Nr. 53, dies. m. Scharn., n. 4.50
Nr. 51, dies., echt versilb., m Goldr. u. Scharn., n. 5.00
Nr. 55, dieselbe mit bess. Werk .... nur 6.50
Nr. 58 mit Sprungdeckel ganz vergoldet 12.50
Nr. 39, Damenuhr, versilb., mit Goldrand, nur 7.50
Nr. 79, dies., kl. Fm., nur 10.00
Nr. 47, Armbanduhr, mit Riemen, ... nur 8.00
Wecker, in Messingw. n. 4.00
Metall-Uhrkapsel nur 0.25
Panzerkette, vernick. n. 0.40
„ echt versilb., n. 1.50
„ echt vergold., n. 2.00

Garant. f. jede Uhr
Wertsachen aller Art nehme in Zahlung.
Von diesen Uhren verkaufe jährlich ca. 10 000 Stück.
Uhren-Klose, Berlin 260, Zossener Str. 8

Unterrichtsanstalten, Pensionate, Sanatorien

Dir. Eckes Höh. Vorbe-reit.-Anstalt. Bln.-Steglitz, Fichtestr. 24, Stegl. 1502
Alle Klassen (gymn. u. real), Einj. Reichsverbandsprüfung, Prima, Abitur.; Umschulungen. Gegr. 1883. 2 Villen inmitten großer Gärten.

Berlin, Zietenstr. 22, Fischer's Vorber.-Anstalt
f. alle Schulexamina. Abi. f. ab U-III. Gegr. 1888. Internat! Damenvorbereitg.! Zahlerleicht. unerr. Vorz. Erfolge l. Prosp. Dir. Fischer, Obll. d. R. a. D.

HOFFBAUER-STIFTUNG
POTSDAM — HERMANNSWERDER 120
JUGENDHEIM (vom 2. Jahre an) mit LYZEUM f. Mädchen und jüngere Knaben. FRAUENSCHULE mit staatlicher Berechtg. HAUSHALTUNGSSCHULE. ERHOLUNGSHEIM. Idyllische Lage am Wald und Wasser. Seminar für Hauswirtschaftslehrerinnen, Kurse für Privat- und Gutssekretärinnen.

Emil Beck
G. m. b. H.
Speditions-Geschäft
BERLIN SW 61, Teltower Str. 47-48
Fernsprecher: Nollendorf Nr. 2340 u. 2341
Telegramm-Adresse: Flügelbeck

Blonde und helläugige Deutsche organisiert Euch geistig und wirtschaftlich in der Germanischen Gesellschaft!
Auskunft erteilt (geg. Rückporto) Erich Werner, Charlottenburg, Kirchstraße 21.

Prismen-Ferngläser
Photoapparate
08-Gläser kauft ständig
STECKELMANN, BERLIN,

Browning, Kal. 7,65 Goldmark 20, Kal. 6,75 „ 20, Mauf. „ 35, frdl. Jagdwaff. Benekendorff, B.-Friedenau, Rheinstr. 4

Höchste Rekordpreise
zahle für Mauserpistolen, 7,63 mit Anschlagkasten, Leuchtpistolen, alle automatischen Pistolen, Drillinge, Doppelflinten, 08 Gläser
Prismengläser, Zielfernrohre.
Klewitz, Lehniner Str. 2 Ecke Hasenh.

DETEKTIV NABERT
BERLIN Kgl. Krim.-Oberw. a. D.
W., Potsdamer Str. 141. Tel.: Nollendorf 875.
Hamburg-Zweiggesch.-Frankfurt a. M.
Leit. d. Gesch. d. Mitgl. d. D. Offz. B. u. N. D. Offz.

Ernst Boldt, Grenadierstr. 18 am Schönhauser Tor
Berlins größtes Geldschranktransportgeschäft
Spezialgeschäft für Auslandstransporte Verzollung Verpackung
Fernsprecher: Amt Norden 646, 2775 u. 9414

Hakenkreuznadeln 9 mm vernickelt
10 Goldpfennig. Zu beziehen durch d. „Reichswart", Berlin SW 11, Dessauer Str. 6. Postscheck Bln. 88714

Hoch- u. Tiefbau-, Beton- u. Eisenbeton-Ausführungen
Carl Burchardt
Wohnhäuser, Stall- und Wirtschaftsgebäude, Gründungen mit Pfählen und Brunnen, Bagger- und Rammbetriebe, Erdarbeiten, Eisenbahnbauten, Straßenbau, Brücken, Uferbefestigungen, Kanäle, Wiesenbauarbeiten, Eisenbetonpfähle, Eisenbetonmaste, Zementröhren.
Berlin-Lichterfelde, Berliner Str. 125

P. K. Eichelter: Vom Goldmachen
Enthält die z. T. behördlich festliegenden Beweise, daß es seit dem 14. Jahrhundert zumindest 7 Adepten gab, die chemisch Gold herstellten! — Was bedeutet das für die deutsche Gegenwart und Zukunft? Mk. 1,— mal Schlüsselzahl.

Paulf: Die Manneslehre
Bd. I: Eine psychokratische, Bd II: Eine erotokratische Unterweisung. Die Wirkung ist für Lebensstümper und für unzufriedene Eheleute schicksalswendend!
Tausende begeist. Dankschr. Broschiert Mk. 8,— mal Schlüsselz.
Verlag Psychokratie • Hattenheim / Rheingau

Alt-China Porzellan Buddhas usw.
Japan-Kunst
große Auswahl günstige Preise
Th. Bohlken, Kurfürstenstraße 122.

Hotel Bellevue Dresden
R. Ronnefeld, Vorstand und Leiter
Weltbekanntes, vornehmes Haus in unvergleichlich herrlicher Lage an der Elbe und Theaterplatz, gegenüber dem Schloß, Opernhaus, Gemäldegalerie, Zwinger und Museum. Großer Garten und Terrassen an der Elbe.